
Nie wieder Krieg



Nie wieder Krieg lautete das Motto der Massenkundgebungen nach dem 1. Weltkrieg (1914–1918), die seitdem jedes Jahr in Deutschland von pazifistischen und antimilitaristischen Organisationen anlässlich des «Antikriegstages» veranstaltet werden. Pazifisten erinnerten immer wieder an das Leiden im 1. Weltkrieg, an die 17 Millionen Toten und forderten Abrüstung und das friedliche Miteinander der Völker. Käthe Kollwitz erhielt 1922 vom «Internationalen Gewerkschaftsbund» den Auftrag für ein Plakat zum «Antikriegstag». Es erschien 1924 unter dem Titel «Die Überlebenden / Krieg dem Kriege». Für den «Mitteldeutschen Jugendtag der Sozialistischen Arbeiterbewegung» entwarf sie ebenfalls 1924 die Gestalt einer kämpferischen Frau mit dem mahrend hochgereckten Arm, die mit den Worten «Nie wieder Krieg» entschlossen für die Sicherung des Friedens eintritt.

Nie wieder Faschismus!

Am 1. September 1939 begann der 2. Weltkrieg mit dem Überfall Deutschlands auf Polen. Mit diesem Krieg brachte Deutschland zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert ungeheures Leid über Millionen von Menschen, besonders in Osteuropa: 55 Millionen Menschen wurden getötet, davon allein 20 Millionen Menschen in der damaligen Sowjetunion, unzählige wurden verletzt und verstümmelt, Hunderttausende zu Zwangsarbeit verschleppt, Tausende von Dörfern und Städten wurden zerstört. Im Schatten des Krieges nahmen der Holocaust oder die Shoah ihren Lauf. Dieser Völkermord zielte auf die vollständige Vernichtung der europäischen Juden. Aus all diesem Grauen zogen überlebende Antifaschisten und Antifaschistinnen die Konsequenz: «Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.» (Schwur von Buchenwald, 1945)

Der 2. Weltkrieg endete mit dem Atombombenabwurf der USA auf Hiroshima und Nagasaki in Japan am 6. und 9. August 1945. Etwa 92.000 Menschen wurden sofort getötet. Weitere 130.000 Menschen starben bis Jahresende an den Folgen des Angriffs, zahlreiche weitere an Folgeschäden in den Jahren danach. Im September 1945 war der 2. Weltkrieg beendet.

Der 1. September als Gedenktag (Antikriegstag)

Die Initiative für den «Gedenktag 1. September» ging vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) aus, der erstmals am 1. September 1957 unter dem Motto «Nie wieder Krieg» zu Aktionen aufrief. Auf dem Bundeskongress des DGB 1966 wurde ein Antrag angenommen, «alles Erdenkliche zu unternehmen, damit des 1. September in würdiger Form als eines Tages des Bekenntnisses für den Frieden und gegen den Krieg gedacht wird». In der DDR (1949–1990) wurde der 1. September als Weltfriedenstag gefeiert.

Beide Weltkriege wurden von Deutschland als Angriffskriege geführt. Der 2. Weltkrieg wurde zudem von den Nationalsozialisten als Eroberungs- und Vernichtungskrieg propagiert. Die «Wehrmacht» war in Osteuropa in dem an den Juden

verübten Völkermord, in die Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen und in den Kampf gegen die Zivilbevölkerung nicht nur «verstrickt», sondern an diesen Verbrechen teils führend, teils unterstützend beteiligt. So die neueren Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft, die sich erst gegen namhafte Historiker, wie z.B. Gerhard Ritter, durchsetzen mussten. Dieser leugnete den Zusammenhang in seiner voluminösen Studie «Staatskunst und Kriegshandwerk» (1954–1968). Ritter wollte vor allem den Nachweis erbringen, «dass weder der Preußenkönig noch der preußische Reichsgründer irgendetwas mit dem Militarismus, wie er im Nationalsozialismus triumphierte, zu tun hatten» (König, S. 253). Wir stellen fest, dass der Faschismus in Europa Krieg um des Krieges willen propagierte und bis heute die extremste Form des Kriegskultes in Gesellschaft und Politik ist.

Konservative Politiker wollen einen starken Nationalstaat und damit verbunden selbstverständlich das staatliche Gewaltmonopol in Form von Militär, Polizei und Bürokratie erhalten, ausbauen und weiterentwickeln. Der Einsatz von Militär in der Innenpolitik wird von ihnen gefordert. Krieg ist nach wie vor eine legitime Form der Politik bzw. das Militär grundsätzlich eine bedeutende und wichtige Institution des Staates. Der preußische General, Heeresreformer und Militärhistoriker Carl von Clausewitz (1780–1831) formulierte treffend, dass «Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln» sei. Michel Foucault fragt 1986: Ist dieser Satz nicht selbst umkehrbar? Ist Politik ein fortgesetzter Krieg? Dieser «Krieg» ist im übertragenen Sinn in der Politik «gezähmt», aber Krieg war Geburtshelfer des Staates als Gesellschaftsprinzip und wurde dann verstaatlicht.

Auch für «sozialistische» Staatslenker war Militär und Krieg unverzichtbar und eine innen- und außenpolitische Option. Historisch wurde in diesem Zusammenhang der Begriff vom Krieg als «Verteidigung der Revolution» diskutiert, der von der «Konterrevolution aufgezwungen» wurde. Der militärische Stratege und Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas, Mao Tse Tung (1893–1976), war ein erfolgreicher Politiker aus der Erkenntnis: «Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.» Der Krieg der Nordvietnamesischen Volksarmee (1965–1975) wurde als Befreiungskampf gegen Kolonialismus und Imperialismus bezeichnet und auch mit der Parole «Sieg im Volkskrieg» geführt. In der Geschichte der sozialistischen Staa-

ten hatte das Militär, z.B. die Rote Armee oder die chinesische Volksbefreiungsarmee, eine zentrale Bedeutung. Die Außenpolitik der Länder des «realen Sozialismus» war am Grundsatz der «friedlichen Koexistenz» der Staaten orientiert. In der «Nationalen Volksarmee» (NVA) der Deutschen Demokratischen Republik hatten preußische Militärreformer wie etwa Clausewitz, Scharnhorst, Gneisenau große Bedeutung und wurden offen verehrt. Es galt die Formel :«Der Frieden muss bewaffnet sein.»

Von 1945 bis ca. 1990 war der «Kalte Krieg» oder «Ost-West-Konflikt» geprägt von extremer Rüstungsproduktion. Es fand ein atomares Wettrüsten statt. 1949 wurde die NATO («North Atlantic Treaty Organization» / «Organisation des Nordatlantikvertrags») gegründet. Als Gegenreaktion wurde die WVO («Warschauer Vertragsorganisation», «Warschauer Pakt», 1955–1991) unter der Führung der Sowjetunion (SU) ins Leben gerufen.

Die NATO besteht weiterhin – und politisch neu – mit eigener Politikgestaltung. Am 24. März 1999 begann der NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Deutschland war erstmalig nach dem 2. Weltkrieg unter einer rot-grünen Regierung an einem Angriffskrieg beteiligt. Die Akzeptanz für den Krieg als legitimes Mittel wurde bereits anlässlich des Golfkrieges 1991 vorbereitet. Die NATO hat im Krieg gegen Jugoslawien sich selbst die Legitimation für den Krieg erteilt. Sie führte im Namen der Menschenrechte einen Angriffskrieg, der als «humanitäre Aktion» bezeichnet wurde. Die besonderen Interessen der NATO-Staaten wurden nicht mehr als Interessen ausgegeben, sondern menschenrechtlich global überhöht. Menschenrechte wurden zu staatlichen bzw. militärischen Eingriffsrechten umfunktioni-ert.

Deutschland führt heute Krieg, ist beteiligt in verschiedenen Krisenregionen. Dieser Krieg ist wieder salonfähig – dieser Krieg ist weniger ein Massenkrieg, in dem Soldaten in großer Zahl sterben, sondern er ist technologisch spezialisiert. «Uniform denkt mit», meldete der «Berliner Tagesspiegel» am 22. Januar 2003 auf der ersten Seite. Soldatenuniformen sollen mit Sensoren ausgestattet, chemische und biologische Vergiftungen anzeigen und der Armeezentrale jederzeit Aufenthaltsort und Gesundheitszustand des Soldaten mitteilen. Technologische Kriegsführung wird kalkulierbar und verliert das aus der Ge-

schichte überlieferte Gesicht des Barbarischen. Außerdem wird das Barbarische am Krieg medial ausgeblendet.

Militär führt nicht Krieg, sondern unternimmt «humanitäre Aktionen» oder «Luftschläge». Darin sind sich fast alle Abgeordneten im Deutschen Bundestag einig, und so konnte der damalige Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) im März 2004 sagen: «Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, die Kardinal Meisner kürzlich bei einem internationalen Soldatengottesdienst geäußert hat: Diese Bundeswehr ist die größte Friedensbewegung Deutschlands!» Peter Struck ist auch ein Befürworter des Völkerrechts und der Vereinten Nationen (UNO). Diese Haltung hat pazifistische Wurzeln.

Gegen derartige Interpretationen richtete sich damals und heute der Widerspruch der Friedensbewegung. Die weitgehendsten Forderungen der Pazifistinnen und Pazifisten wurden in der Zeitschrift «Graswurzelrevolution» unter dem Titel «Sozialgeschichte des Antimilitarismus» formuliert. Dort heißt es: «Keine Frau, keinen Mann, keinen Pfennig für Staat und Krieg!» Politisches Handeln ist hier: gewaltfreie direkte Aktion und ziviler Ungehorsam.

Kriegsdienstverweigerer/innen, Pazifistinnen und Pazifisten, Antimilitaristinnen und Antimilitaristen sind bis heute in der «War Resisters' International (WRI)» organisiert. Sie sind der WRI-Erklärung von 1921 verpflichtet:

«Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.»



Das zerbrochene Gewehr ist seit 1909 das Symbol der gewaltfreien antimilitaristischen und pazifistischen Bewegung weltweit, wurde als Logo zuerst von der niederländischen «Internationa-